

Daniel Schwane

Das „Laboratorium“ West-Berlin: Hansjakob Stehle und die Passierscheinverhandlungen 1962/63

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1100>

Reprint von:

Daniel Schwane, Das „Laboratorium“ West-Berlin: Hansjakob Stehle und die Passierscheinverhandlungen 1962/63, in: Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, herausgegeben von Michael Lemke, Böhlau Köln, 2006 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 37), S. 85-106

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Daniel Schwane (2006), Das „Laboratorium“ West-Berlin: Hansjakob Stehle und die Passierscheinverhandlungen 1962/63, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1100>

Ursprünglich erschienen als: Daniel Schwane, Das „Laboratorium“ West-Berlin: Hansjakob Stehle und die Passierscheinverhandlungen 1962/63, in: Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, herausgegeben von Michael Lemke, Böhlau Köln, 2006 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 37), S. 85-106

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 37

Michael Lemke (Hg.)

Schaufenster der Systemkonkurrenz

Die Region Berlin-Brandenburg
im Kalten Krieg



2006

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 18257 (HBB/GG)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Berliner Agitationsplakat 1953, Deutsches Historisches Museum P 94/917

© 2006 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11

info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-412-02606-6 / ISBN-10 3-412-02606-9

Inhalt

MICHAEL LEMKE

| | |
|---|----|
| Einleitung | 9 |
| 1. Berlin-Brandenburg als besonderes Verflechtungs- und Teilungsgebiet..... | 10 |
| 2. Anmerkungen zum Stand der Forschung | 12 |
| 3. Zielsetzung, neue Fragen und Thesen | 17 |
| 4. Zum Band und seinen einzelnen Beiträgen | 24 |

A. Politik

MATTHIAS UHL

| | |
|---|----|
| Chruščev und die sowjetischen Nachrichtendienste in der zweiten Berlinkrise 1958–1964..... | 29 |
|---|----|

GERHARD WETTIG

| | |
|--|----|
| Ulbricht, die UdSSR und die Vier-Mächte-Rechte in Berlin 1963–1971 ... | 47 |
|--|----|

CHRISTOPHER WINKLER

| | |
|--|----|
| Die U.S. Military Liaison Mission im Vorfeld der 2. Berliner Krise. Der Hubschrauberzwischenfall von 1958 | 65 |
|--|----|

DANIEL SCHWANE

Das „Laboratorium“ West-Berlin: Hansjakob Stehle und die Passierscheinverhandlungen 1962/63..... 85

CHRISTIAN HALBROCK

„Staatsgrenzen sind keine Kirchengrenzen“ – die evangelische Kirche Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg..... 107

B. Wirtschaft und Soziales

HARALD ENGLER

Wirtschaftliche Systemkonkurrenz im Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg während des Kalten Krieges 1945–1961. Fragestellungen und Forschungsperspektiven 129

WOLFGANG RIBBE

Flüchtlinge – Vertriebene – Displaced Persons. Ihre Aufnahme, Weiterleitung bzw. Eingliederung in Berlin und Brandenburg bei Kriegsende 1945 145

FRANK ROGGENBUCH

Die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ und die SED (1949) 163

FRIEDERIKE SATTLER

Die Industrie- und Handelskammer Brandenburg 1945–1953. Systemkonkurrenz als *raison d'être*? 185

HARALD MICHEL/VOLKER SCHULZ

Von der „Stalinallee“ zur DDR-Plattenbausiedlung. Anmerkungen zur Wohnungs- und Städtebaupolitik in Berlin-Brandenburg seit 1949..... 207

ANDREAS MALYCHA/UDO SCHAGEN

Die Medizinische Fakultät der Berliner Universität und ihr Verhältnis zur zentralen Hochschulbehörde 1945–bis 1949. Zentrale Konflikte im Vorfeld der Gründung der Freien Universität Berlin..... 225

MELANIE ARNDT

„Die Frage der Polikliniken ist augenblicklich in Berlin wieder heiß umstritten.“ Die Entwicklung der Berliner Polikliniken und Ambulatorien 1948–1961 247

C. Kultur und Alltag

MICHAEL LEMKE

Der „Sängerkrieg“ in Berlin..... 269

SIEGFRIED LOKATIS

Berliner Buchschaufenster im Kalten Krieg 297

IGOR J. POLIANSKI

„Det is’ der Garten Eden!“ Fledermäuse, Ruinen, Planetarien: zur politischen Semantik der Berliner Stadtlandschaft im Kalten Krieg 317

JUTTA BRAUN/RENÉ WIESE

Duell an der Spree – Sportkultur und Sportverkehr in Berlin (1949–1961) 343

CHRISTIAN KÖNNE

Hörfunk im Kalten Krieg. Berliner Radioprogramme in der Systemkonkurrenz 365

ANHANG

| | |
|------------------------------------|------------|
| Abkürzungsverzeichnis | 389 |
| Literatur..... | 395 |
| Autorenverzeichnis | 415 |

DANIEL SCHWANE

Das „Laboratorium“ West-Berlin: Hansjakob Stehle und die Passierscheinverhandlungen 1962/63

Einleitung

Die sechziger Jahre waren eine spannende Zeit des Umbruchs, der lebhaften Diskussionen zur Folge hatte. Hansjakob Stehles journalistisches Engagement und seine informellen Aktivitäten im Vorfeld der Gespräche zwischen dem Senat und der östlichen Seite gehören zu diesem interessanten Kapitel der Berliner Geschichte des Kalten Krieges.

Stehle wurde 1927 als Sohn eines Arztes in Ulm geboren. Er wurde durch den Katholizismus seiner Eltern geprägt, die aus lokalem, alteingesessenem bäuerlichen Milieu stammten. Im Anschluss an den Besuch des Gymnasiums in Ulm wurde Stehle noch gegen Kriegsende zum Wehrdienst eingezogen. Nach darauf folgender amerikanischer Gefangenschaft studierte er in Frankfurt am Main und Pisa Geschichte, Philosophie sowie Völkerrecht. 1950 promovierte er über den „Reichsgedanken im politischen Weltbild von Leibniz“. Durch sein Elternhaus liberal-konservativ beeinflusst, war er bereits früh an länderübergreifenden Themenstellungen interessiert und wollte als Journalist arbeiten. Sein Studienaufenthalt in Pisa schuf eine lang anhaltende enge Bindung an Italien. Stehle begann seine berufliche Tätigkeit als Redakteur bei der „Main-Post“, einer Würzburger Zeitung. Hier sammelte er erste journalistische Erfahrungen. Nebenbei verfasste er Aufsätze in Fachzeitschriften zu außenpolitischen Problemen, z.B. über die Ostpolitik der Bundesrepublik, die vatikanisch-deutschen Beziehungen, etc.¹ Stehle drehte überdies mehrere Fernsehfilme, die sich mit Fragen der ehemaligen deutschen Ostgebiete und kirchenpolitischen Themen beschäftigten. Besonders bekannt wurden „Deutschlands Osten – Polens Westen“ und „Ist Gott im Osten tot?“.

1955 wurde er politischer Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ).² Stehle interessierte sich nun auch für Fragen des Verhältnisses des Vatikans zu den sozialistischen Staaten. Zu diesem Zeitpunkt stimmte er der praktizierten Ostpolitik der Bundesregierung in Teilen zu, so hielt er die „Hallstein-Doktrin“ für erfolgreich, begann aber bald an

1 Vgl. Gespräch mit Hansjakob Stehle, 27.10.2002. Künftig: Stehle, 27.10.2002.

2 Vgl. Laut den überlieferten Stasiberichten vertrat er eindeutig die „Positionen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“, Bericht vom 9.6.1967, S. 2, in: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Ministerium für Staatssicherheit (MfS), 3654/71, Signatur 000128.

ihr zu zweifeln. Sein vergleichsweise frühzeitiges Eintreten für eine veränderte Ostpolitik war in der Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nicht unumstritten, viele ältere Journalisten standen seinem Engagement skeptisch gegenüber.³ Einige Journalisten der „FAZ“, die ebenfalls für eine Entspannungspolitik gegenüber dem Osten votierten, verließen später auf Grund des durch die Meinungsverschiedenheiten entstandenen redaktionsinternen Drucks die Zeitung.⁴

Bereits zu dieser Zeit hielt er sich in verschiedenen sozialistischen Ländern auf. 1960 besuchte er aus Anlass der Brünner Messe die ČSSR, wurde wegen unbequemer Berichterstattung jedoch des Landes verwiesen. Andere Reisen führten ihn nach Rumänien, Polen und Ungarn. Sein Interesse für die politischen Veränderungen in Polen und die Probleme des Katholizismus im Sozialismus brachte ihn bereits 1956 nach Warschau, wo er den polnischen Primas Stefan Wyszyński und den damaligen Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła kennen lernte.⁵

1957 hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Stehle als ihren ersten ständigen Korrespondenten nach Polen entsandt. Er konnte sich dort ohne offizielle Begleitung ungehindert bewegen. Bereits zu dieser Zeit sprach er sich für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als endgültige Westgrenze Polens aus. Inspiriert durch die dortigen innenpolitischen Veränderungen trat er in seinen Artikeln und Büchern für einen Abbau der Konfrontation zwischen Ost und West ein.⁶ Gerade Polen, ein Land, in dessen Parlament es nach 1956 katholische Gruppen gab, in dem ein kapitalistischer Großunternehmer wie Bolesław Piasecki agierte, und Schriftsteller eine größere Freiheit besaßen, zeigte, dass dies im damaligen Sozialismus möglich sein konnte.⁷ In ihm keimte die Hoffnung, dass sich, so wie es das Beispiel Gomulka bewies, auch in der SED gesprächsbereite Kräfte durchsetzen könnten, mit denen eine Verständigung trotz der ideologischen Gegensätze sowie des deutschen Sonderkonfliktes möglich sein würde. Wie viele andere Kenner des „sozialistischen Lagers“ glaubte er, dass schon viel erreicht wäre, wenn die DDR ihr politisches System zunächst am polnischen Vorbild orientieren würde. Eine mögliche Annäherung beider deutscher Staaten bis zur Wiedervereinigung schien damals nur über eine sehr langfristige Entwicklung möglich: Ohne ein Einlenken der UdSSR in der deutschen Frage und ohne eine veränderte Ostpolitik der Bundesrepublik war daran ohnehin nicht zu denken.⁸

Ein Schritt in diese Richtung betraf die Entkrampfung des unmittelbaren innerdeutschen Verhältnisses. Diese musste – so war es inzwischen seine Überzeugung – eine Stärkung der DDR zum Ziel haben, ohne die eine Transformation des Systems in der DDR unmöglich wäre. Dadurch, dass die SED vergleichsweise schwach war, hielt sie an repressiven und starren Maßnahmen im Innern fest, weil sie glaubte, nur so die Machtverhältnisse erhalten zu können. Tatsächlich empfanden viele die DDR damals weitaus dogmatischer, verschlossener und undurchsichtiger als andere sozialistische Staaten wie Ungarn, Polen oder selbst die Sowjetunion. In Gesprächen mit Vertretern der DDR wurde diese Auffassung, die sich

3 Vgl. Stehle, 27.10.2002.

4 Vgl. ebd.

5 Vgl. ebd.

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. Hansjakob Stehle, *Nachbar Polen*, Frankfurt am Main 1963, S. 226 und 141 ff.

8 Vgl. Stehle, 27.10.2002.

laut eines Stasi-Berichtes „von vornherein auf der Linie der Bonner Ultras“ bewegte, immer wieder zu einer Kritik an den Verhältnissen in der DDR: „Er [Stehle] behauptete [unter anderem], daß Partei und Regierung der DDR bei der Gewinnung der Massen starr an alten Prinzipien festhalte. Diese Prinzipien seien in Polen und in der SU und auch in allen anderen Volksdemokratien längst über Bord geworfen.“⁹ Eine gefestigte DDR schien sich, wie Stehle glaubte, demgegenüber mehr Liberalität sowohl im Innern als auch nach außen erlauben zu können.

Im Sommer 1962 ging schließlich Stehles Zeit in Warschau zu Ende. Zugleich wuchs sein Interesse an den inneren Verhältnissen in der DDR und der Problematik der gespaltenen Stadt Berlin. Aus privaten Gründen wechselte er schließlich von Warschau nach Berlin.

1. Die Vorgeschichte der Passierscheinverhandlungen und die Rolle von Hansjakob Stehle bei den Vorkontakten zwischen dem Senat und der SED

Von den Folgen des Mauerbaus waren die Bewohner beider Teile Berlins besonders stark betroffen. Der Bevölkerung des Ostteils der Stadt war es nur noch in Ausnahmefällen möglich, Ost-Berlin bzw. die DDR in die westliche Richtung zu verlassen. Im Unterschied zu den Bewohnern der Bundesrepublik war es den West-Berlinern nicht mehr möglich, Verwandte und Freunde zu besuchen, da sie keine Aufenthaltsgenehmigung für den Ostteil der Stadt erhielten.¹⁰

Der Bau der Mauer bewirkte zunächst Beunruhigungen, die insbesondere durch die oft tödlich verlaufenden Versuche von DDR-Bewohnern genährt wurden, die Grenze zu überwinden.¹¹ Besonders unmittelbar nach dem Mauerbau führte der Protest und die Opposition eines Teiles der Bevölkerung unter anderem dazu, dass Fluchten organisiert, Tunnel gegraben und wiederholt Sprengstoffanschläge auf Grenzanlagen verübt wurden.¹² Während die Westmächte am alliierten Status Berlins festhielten, beharrte die SED auf ihrer Forderung nach einer „Lösung der West-Berlin-Frage durch Umwandlung dieser Stadthälfte in eine entmilitarisierte und neutrale Freie Stadt“. Das traf auch deshalb auf die Ablehnung des West-Berliner Senats und der mit ihm verbündeten westlichen Alliierten, weil beide die

9 Bericht vom 16.10.1962, in: BStU, 3654/71, Signatur 000090.

10 Vgl. Gerhard Wettig, Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945–1989, in: Werner Süß/Ralf Rytlewski, Berlin. Die Hauptstadt, Berlin 1999, S. 175.

11 Vgl. Peter Bender, Reaktionen in West-Berlin und in der Bundesrepublik, in: Hans-Herrmann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann, Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, S. 160 sowie den Artikel „Waren die Alliierten informiert?“, „Der Abend“, 16.8.1961 sowie Egon Bahr in: Hans Ehlert/Hans-Herrmann Hertle: Der Schatten der Mauer – die zementierte Spaltung, Berlin 2001, S. 54f.

12 Vgl. Kurt L. Shell, Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise, Köln/Opladen 1965, S. 353–379.

Westsektoren de facto als Land der Bundesrepublik Deutschland behandelten.¹³ Dennoch schien sich die Situation in der westlichen Hälfte der Stadt allmählich zu beruhigen. Dies signalisierten repräsentative Umfragen, die seit Oktober 1961 im Auftrag des Senats durchgeführt worden waren. Beurteilten zwei Monate nach der Absperrung der Stadt knapp 90% der befragten West-Berliner die Lage der Stadt als „sehr ernst“ bzw. „ziemlich ernst“, waren es ein Jahr später noch ca. 77%, und im Sommer und Herbst des Jahres 1963 teilten nur noch 60% diese Auffassung. Diese Entwicklung war besonders seit der Kuba-Krise im Herbst 1962 evident.¹⁴ Die öffentliche Meinung in West-Berlin zur Aufnahme von Gesprächen mit der Ostseite befand sich im Wandel, und eine wachsende Zahl der Berliner sprach sich dafür aus, um humanitäre Erleichterungen zu erreichen: Noch im Oktober 1962 hatten sich in West-Berlin Gegner und Befürworter von Verhandlungen mit der DDR die Waage gehalten. Im April 1963 sprachen sich bereits 77% der West-Berliner für Verhandlungen des Senats mit den Ost-Berliner Behörden über die Ausgabe von Passierscheinen aus.¹⁵

Im November 1961 schlug der Senat der alliierten Kommandantur und der Bundesregierung vor, mit Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) und des Senatsbeauftragten für die Regelung technischer Fragen Kontakt mit der anderen Seite aufzunehmen, um durch Passierscheine vor allem Verwandtenbesuche zu ermöglichen.¹⁶ Vorgegangen waren ein Gespräch zwischen dem US-Kommandanten General Albert Watson und dem sowjetischen Stadtkommandanten Andrej Solowjew. Er übergab ihm ein Memorandum, in dem die Möglichkeit von Besuchen West-Berliner im Ostsektor angedeutet war.¹⁷ Im Dezember 1961 führte man einige getrennte Familien zusammen, dies wurde durch den Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im Presseamt des Ministerrats, Hermann von Berg und den Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Dietrich Spangenberg, arrangiert.¹⁸

Trotz der Unterstützung durch alliierte Stellen blieben weitergehende Versuche jedoch erfolglos. Die DDR verlangte die Ausübung ihrer Hoheitsgewalt durch die Ausgabe von Passierscheinen in Büros auch auf West-Berliner Reichsbahngelände. Das jedoch widersprach der offiziellen Nichtanerkennungspolitik der westlichen Seite.¹⁹ Auch Initiativen der evangelischen Kirche anlässlich des Weihnachtsfestes 1961, hier besonders die des Berliner Generalsuperintendenten Fritz Führ, blieben ohne Ergebnisse. Die SED lehnte sie mit der Begründung ab, dass der eigentliche Ansprechpartner der Senat sei, an dessen Haltung die Bemühungen der DDR gescheitert seien, West-Berliner Bürgern – nicht nur zu Weihnachten – Besuche ihrer Verwandten im „demokratischen Berlin“ zu ermöglichen. Deshalb müsse „die Westberliner Bevölkerung, deren Interessenvertreterin die SED sei, den Senat unter Druck setzen“. Ebenso wurden von östlicher Seite im Dezember 1961 Vorschläge des Inter-

13 Vgl. Gerhard Kunze, *Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989*, Berlin 1999, S. 44.

14 Ordner Passierscheinangelegenheiten 1963–1965, „Die Passierschein-Aktion“, Meinungen der Berliner, Ein Bericht über Repräsentativumfragen in Berlin vom 5.–14.1.[1964], S. D–1, in: Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 002, Nr. 3708/I.

15 Vgl. ebd., S. A–I

16 Vgl. ebd., S. 49.

17 Vgl. ebd., auszugsweise Abschrift, SKzl I B 1 3390, 20.7.1963.

18 Vgl. Hermann von Berg, *Vorbeugende Unterwerfung. Politik im realen Sozialismus*, München 1988, S. 157.

19 Verfügung der Alliierten Kommandatura Berlin, 25.8.1961, in: LAB, Rep. 002, Nr. 11831a.

nationalen Roten Kreuzes abgelehnt, eine Passierscheinstelle in Berlin-Dahlem einzurichten.²⁰ Die SED bestand auf ihrer Position, dass der Senat in offizielle Verhandlungen mit der DDR-Regierung eintreten sollte.

1962 erschütterten Zwischenfälle an der Mauer wie der spektakuläre Fluchtversuch des DDR-Bürgers Peter Fechter die Öffentlichkeit. Währenddessen gab es neue Versuche von Rot-Kreuz-Gesellschaften, in Übereinstimmung mit staatlichen Stellen eine „sofortige Gewährung von Hilfeleistung“ zu erreichen.²¹ Daraufhin verstärkte der Senat seine Bemühungen um Passierscheine. Der ehemalige Beamte der Senatskanzlei, Gerhard Kunze, nannte als Ziel des Senats unter anderem die Schaffung von Passierscheinstellen an der Grenze unter Aufsicht des Roten Kreuzes.²² Über die Treuhandstelle für den Interzonenhandel (TSI) bemühte sich nun auch die Bundesregierung, Passierscheinregelungen für die West-Berliner zu erreichen. Mit den Verhandlungen wurden der damalige Leiter der TSI, Kurt Leopold, sowie der Stellvertretende Außenminister der DDR, Paul Wandel, beauftragt. Die nachfolgenden Gespräche verliefen jedoch ergebnislos.²³

1963 nahmen die Bemühungen um Passierscheinverhandlungen zu. Der Bundesbevollmächtigte in Berlin, von Eckardt, erklärte, dass Bonn der DDR eine Erhöhung des Überziehungskredits auf 300 bis 400 Millionen DM anbieten würde, wenn die DDR der Ausgabe von Passierscheinen zu den Bonner Bedingungen zustimme. Diese Offerte nahm die Ostseite jedoch nicht an, da, wie Walter Ulbricht am 15. Januar auf dem VI. Parteitag der SED verkündete, „die DDR auf ein solches unsittliches Geschäft nicht eingehen [könne].“ Deshalb habe sich „das DDR-Außenministerium an den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin gewandt und den Beginn von Besprechungen vorgeschlagen“.²⁴ Damit war klar, dass der innerdeutsche Handel als Druckmittel gegenüber der DDR nicht funktionierte, da die SED-Führung darauf bestand, Berlin-Fragen nur mit dem West-Berliner Senat zu verhandeln. Auch in der Folgezeit beharrte die SED auf direkten Verhandlungen.²⁵ Einen wichtigen Schritt unternahm die DDR-Regierung mit einem Schreiben ihres Stellvertretenden Außenministers Gerd König an Willy Brandt.²⁶ Der Brief, der durch den Kaufmann Werner Schiebold übergeben wurde, enthielt den Vorschlag direkter Verhandlungen mit dem Senat. Nachdem kein Treffen zustande gekommen war, hatte sich im Senat die Erkenntnis durchgesetzt, dass man – ohne jedoch den Viermächtestatus und die de facto Bindung an die Bundesrepublik in Frage zu stellen – mit der DDR in Verhandlungen treten müsse.²⁷

20 Vgl. ebd., S. 51.

21 Vgl. ebd., S. 53.

22 Zur Rolle unter anderem des IRK, der Evangelischen Kirche und der Kontakte des West-Berliner Wirtschaftssenators Schiller, des Interzonenhändlers Schiebold und des Leiters der Hauptabteilung Innerdeutscher Handel im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinz Behrendt, bei den Passierscheinverhandlungen vgl. „Dokumentation zur Frage der Passierscheine“, in: ebd., Nr. 7082, S. 1.–13 sowie Wolfgang Schmidt, *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte*, Wiesbaden 2001.

23 Vgl. „Dokumentation zur Frage der Passierscheine“, in: LAB, Rep. 002, Nr. 7082, S. 6–12.

24 Vgl. *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, IV. Reihe, Band 9: 1. Januar bis 31. Dezember 1963, bearbeitet von Gisela Biewer/Werner John, Frankfurt am Main 1979, S. 22–37.

25 Vgl. Michael Lemke, *Die Berlinkrise 1958–1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995, S. 267–268.

26 Vgl. *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, IV, S. 1503.

27 Vgl. Schmidt, *Kalter Krieg*, S. 505.

Folgerichtig warb der Regierende Bürgermeister beim Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, mit dem Vorschlag, Senatsbeamte durch die Westmächte mit Passierscheingesprächen zu beauftragen. Bei der Bundesregierung fand dieser Gedanke jedoch keine Unterstützung. Obwohl Bonn und der Berliner Senat im Frühjahr 1963 dem TSI-Leiter Leopold gemeinsam eine Verhandlungsvollmacht ausstellten, distanzierte sich der Senat nachfolgend von dem Bonner Treuhandbeauftragten. Das lag zum einen daran, dass er von der Bundesregierung offensichtlich mit zu wenig Kompetenzen ausgestattet worden war und zum andern am Beharren des Auswärtigen Amtes, den Interzonenhandel gegenüber dem Osten als Druckmittel einzusetzen.²⁸

Anfang September 1963 ergriff der Senat mit einer Erklärung Brandts vor dem Abgeordnetenhaus erneut die Initiative. Der Regierende Bürgermeister sprach sich für eine Besuchsregelung in Ost-Berlin aus, die entweder auf der Ebene von Senats- und Magistratskontakten oder aber im Rahmen der Treuhandstelle herbeigeführt werden könnte.

Die östliche Reaktion auf diesen Vorstoß war positiv. Mit der offiziellen Antwort des Stellvertretenden DDR-Außenministers König, der die Aufnahme von Verhandlungen durch beiderseits bevollmächtigte Verhandlungsführer vorschlug, kam schließlich Bewegung in die Situation.²⁹ Dabei war dem Senat klar, dass es keine Verhandlungen über grundsätzliche Fragen wie die Nichtanerkennung der DDR sowie die Ablehnung der östlichen Freistadtforderung geben konnte. Der Viermächtestatus für Berlin stand ebenso außer Frage. Trotzdem lehnte das Auswärtige Amt in Bonn das DDR-Schreiben wiederum ab, da man annahm, dass die östliche Seite in den Verhandlungen erneut auf die „besondere Situation der Stadt Westberlin“ insistieren würde. In dieser Frage gab es im Oktober Meinungsverschiedenheiten zwischen Brandt und dem Bonner Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Franz Krapf. In seinem durch das IKRK durchgestellten Antwortschreiben machte Brandt die SED-Führung auf die Möglichkeit von technischen Kontakten zwischen Senat und Magistrat aufmerksam.³⁰ Während des Gesprächs mit Krapf wurde wieder einmal die Differenz zwischen dem Senat und dem Auswärtigen Amt in der Frage der Passierscheinverhandlungen deutlich. Doch die SED bestand weiter auf Verhandlungen zwischen dem Senat und der DDR-Regierung. Der Senat bereitete sich seinerseits auf die Verhandlungen vor, die folgende Grundsätze berücksichtigen sollten:

Die Gespräche würden durch Vorkontakte über Dritte vorbereitet werden. Das IKRK und die TSI sollten in den Planungen jedoch keine Rolle mehr spielen. Stattdessen wurde an eine Vermittlung durch Rechtsanwälte und namhafte Privatleute gedacht.³¹ Es habe zu gelten, dass auf Grund des westlichen Alleinvertretungsanspruchs direkte Kontakte offizieller Stellen mit DDR-Amtsträgern auszuschließen seien. Daher komme diesem Personenkreis die Funktion zu, Verbindungen nach Ost-Berlin zu schaffen bzw. zu nutzen, die einige Journalisten bereits besaßen.

28 Vgl. Schreiben von Bahr an Albertz (über Spangenberg), 17.4.1963, in: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Depositum Egon Bahr, Ordner 49B.

29 Vgl. Schmidt, Kalter Krieg, S. 513.

30 Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, Band III: 1.10.–1.12.1963, bearbeitet von Mechthild Lindemann/Ilse Dorothee Pautsch, München 1994, S. 1276–1278.

31 Vgl. Vermerk vom 23.10.1963 von Egon Bahr, in: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 353.

In den Vorkontakten sollte Hansjakob Stehle eine politische Funktion ausüben, da er Verbindungen zu DDR-Amtsträgern besaß und Lageeinschätzungen geben konnte.

Die nur scheinbar nebensächliche Bedeutung der Privatleute als Kontaktpersonen und Mittelsmänner für das Zustandekommen dieser wichtigen Vereinbarungen wurde in der Literatur zu den Passierscheinverhandlungen bisher nur am Rande untersucht.³² Dies verwundert, denn der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt hatte auf diese Personen hingewiesen, die Tätigkeit von Journalisten beschrieben und den Interzonenhandelskaufmann Werner Schiebold namentlich erwähnt.³³ Sowohl Schiebold als auch Stehle finden bei den Autoren Wolfgang Schmidt und Gerhard Kunze Erwähnung. Schmidt weist dem Kaufmann Schiebold, der vor allem ein Kontaktmann des Leiters der Hauptabteilung Innerdeutscher Handel im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, Heinz Behrendt, und des West-Berliner Wirtschaftssenators Karl Schiller war, sogar eine „Schlüsselrolle“ in den damaligen Vorgängen zu.³⁴

Hansjakob Stehle war zu Beginn seiner journalistischen Tätigkeit in Berlin kein Unbekannter mehr. Als er in die Stadt kam, begann die Diskussion über mögliche Verhandlungen des Berliner Senats über die Ausgabe von Passierscheinen. Den Dialog verfolgte und kommentierte er aufmerksam. Überdies war seit Juli 1963 die auf der Tagung der evangelischen Akademie in Tutzing verkündete Formel „Wandel durch Annäherung“ in aller Munde und bot Diskussionsstoff, wie sich Stehle erinnerte.³⁵ Durch seine vorangegangene Tätigkeit in Polen hatte er die Erfahrung mit einem kommunistischen System und war besonders am Ostteil der Stadt interessiert. Zudem hatte er vorher an Pressekonferenzen des Ministerrats der DDR teilgenommen. Auf einer der Pressekonferenzen des Berliner Senats waren sich Stehle und der Chef der Senatspressestelle, Egon Bahr, zum ersten Mal begegnet. Es entwickelte sich seit dem Spätsommer 1963 ein lockerer Diskussionszusammenhang und eine persönliche Bekanntschaft, die dazu führte, dass Stehle in inoffizielle Aktivitäten des Senatspressechefs involviert wurde.³⁶ Abgesehen von einer ähnlichen politischen Einstellung wurde zwischen beiden der Kontakt entscheidend durch den Umstand erleichtert, dass Bahr ebenfalls Berufsjournalist war. Bahr schätzte an Stehle dessen Intelligenz sowie seine Kenntnis der besonderen Mentalität der östlichen Amtsträger. Wie nur wenige in West-Berlin ansässige Medienvertreter war er durch seine Warschauer Zeit mit deren Denkweise

32 Jacques Schuster erwähnt in seiner Biographie über Heinrich Albertz in dem Kapitel zu den Passierscheinverhandlungen lediglich „Kanäle“ bzw. spricht von einem „Mittelsmann“, mit dem der Kontakt zu dem Chef der Senatskanzlei, Dietrich Spangenberg, aufgebaut worden sei. Dies war vermutlich Werner Schiebold. Vgl. Jacques Schuster, Heinrich Albertz. Der Mann, der mehrere Leben lebte, Berlin 1997, S. 95 und 97.

33 Vgl. Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 102.

34 Vgl. Schmidt, *Kalter Krieg*, S. 516. Lediglich bei Kunze gibt es ein Kapitel, das sich mit den Kontakten Schiebolds zu Karl Schiller und Heinz Behrendt im Rahmen der Passierscheinverhandlungen beschäftigt. Bei ihm wird deutlich, dass nicht alle beteiligten Mittler aus uneigennütigen Motiven gehandelt haben: Wie Kunze annimmt, dürften für Schiebold wirtschaftliche Vorteile, die ihm von östlicher Seite in Aussicht gestellt worden waren, den Ausschlag für seine Tätigkeit gegeben haben. Vgl. Kunze, *Grenzerfahrungen*, S. 82.

35 Vgl. Stehle, 27.10.2002.

36 Vgl. Schreiben von Egon Bahr an Hansjakob Stehle, 19.9.1963, in: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 49A, Tageskopien 10.9.–30.9.1963.

und Vokabular vertraut und konnte präzise und verlässliche Lageeinschätzungen „von Drüben“ geben. Vermutlich half ihm auch der Blick desjenigen, der von der polarisierten Frontstadtatmosphäre West-Berlins relativ unbeeindruckt geblieben war. Stehle war für seine kritische Haltung gegenüber der SED und der Idee des Sozialismus bekannt, aber in seinen Artikeln fanden auch die Positionen des Ostens Erwähnung.³⁷ Damit unterschied er sich von den meisten seiner lokalen West-Berliner Kollegen. Die Medienvertreter hatten sich bereits vor dem Mauerbau gegenüber dem Osten in einer isolierten Lage befunden, die selbst gewählt war: Die lokale Presse hatte sich fast ausnahmslos die Rolle des „Hüters des sich in einer feindlichen Umgebung befindlichen Vorpostens West-Berlin“ zu Eigen gemacht. Obwohl sie sich in ihren Stellungnahmen zu einzelnen Aspekten des Berlin-Problems in Akzenten und Nuancen sowie auch im Ton unterschied, folgte sie diesem Leitbild und sah ihre Aufgabe darin, durch Ansporn und Kritik sowohl die Bevölkerung als auch die Führung Berlins in ihrem Durchhaltewillen zu bestärken. Kritik am Senat äußerte sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur dann, wenn die Redakteure ein Nachlassen der Einsatzbereitschaft für Berlin oder ein Abweichen vom „harten“ Kurs zu bemerken glaubten.³⁸ Nach dem Mauerbau war es West-Berliner Journalisten im Unterschied zu Vertretern westdeutscher Zeitungen auch kaum möglich, in den Ostteil der Stadt zu gelangen. Die westdeutschen Journalisten zählten somit zu den Wenigen, die Verbindungen zur anderen Seite hatten; daher kam ihnen eine besondere Bedeutung zu.³⁹ Nicht zuletzt auf Grund seiner Akkreditierung in Ost-Berlin war Stehle für Bahr von Interesse. Stehle hatte eine Sonderposition: Es war für die Berliner Senatsmitarbeiter außerordentlich schwierig, an inoffizielle Informationen zu gelangen, da es in der Zeit nach dem Mauerbau (außer auf der technischen Ebene) keine offiziellen Kontakte nach Ost-Berlin gab. Man war auf die wenigen Gesprächsfäden mit Vertretern der Militärmissionen und ausländischen Botschaftern angewiesen, wie mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR. Er besaß z.B. die Möglichkeit, Pressekonferenzen des Presseamtes beim Ministerrat der DDR zu besuchen und Kontakte zu knüpfen. Dort begegnete Stehle, wahrscheinlich 1962, Kurt Blecha, dem Leiter des Presseamtes beim Ministerrat der DDR sowie dem Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen dieser Institution, Hermann von Berg. Von ihm nahm man im Westen an, dass er zum Umfeld des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph gehörte. Er galt daher als besonders machtnah.⁴⁰ Von Berg berichtete noch vor der Wende über seine Beziehungen zu westlichen Journalisten in Ost-Berlin und seine Sicht der Vorgänge um die Passierscheinverhandlungen sowie über seine Erlebnisse mit Stehle. Dessen Arbeit sei von Ost-Berliner Seite genau beobachtet worden.⁴¹ Hermann von Berg schätzte Stehle als „deutschen Patriot“ ein, der aus den „Schützengräben“ des Kalten Kriegs herauskommen wollte. Trotz Warnungen der Sicherheitsabteilung der Partei hielten ihn die Mitarbeiter des Ost-Berliner Presseamtes für vertrauenswürdig.⁴² Stehle besaß überdies Verbindungen zur polnischen Militärmission in West-Berlin, die ihn sowohl für die SED-Führung als auch für den Senat interessant mach-

37 Vgl. Gespräch mit Egon Bahr, 15.12.2002. Künftig: Bahr, 15.12.2002.

38 Vgl. Shell, *Bedrohung*, S. 229.

39 Vgl. Bahr, 15.12.2002.

40 Vgl. ebd.

41 Vgl. von Berg, *Vorbeugende Unterwerfung*, S. 143ff. sowie S. 190.

42 Vgl. Gespräch mit Hermann von Berg, 25.9.2003, künftig: von Berg, 25.9.2003.

ten.⁴³ Bahr charakterisiert Stehle als eine „vertrauenswürdige Person“. Ihr Verhältnis war jedoch rein politischer Natur und trug keine Züge einer ins private gehenden Freundschaft.⁴⁴ Ausgesprochen „gute Beziehungen zur Gruppe um Willy Brandt“ besaß Stehle zu dieser Zeit nicht.⁴⁵

Der Journalist befand sich auf Grund seiner Beziehungen zu westlichen und östlichen Vertretern von Staat und Kirche und zu Zeitungsleuten mindestens seit 1962 im Visier der Staatssicherheit. Sie schätzte ihn als „überdurchschnittlich intelligent“ und als „raffinierten Taktiker“ ein, „der über umfangreiche Verbindungen im kapitalistischen sowie sozialistischen Ausland“ verfüge. Man hielt ihn in „allen politischen Fragen stets für ausgezeichnet informiert. Seine Sachkenntnis und sein Wissen auf allen Gebieten sind ebenso erstaunlich wie sein hervorragendes Personen- und Faktengedächtnis“, wie Stasi-Berichterstatter „Gerhard“ notierte.⁴⁶ Es gab Überlegungen, ihn für eine Zusammenarbeit zu verpflichten oder ihn zumindest dafür zu gewinnen, SED-genehme Artikel in die Westpresse zu lancieren.⁴⁷ Der von der Stasi in den späten sechziger Jahren verfolgte Plan, Stehle enger an sich zu binden, scheiterte jedoch. Denn er galt, „als äußerst misstrauisch und vorsichtig, so daß er nicht erkennen sollte, mit wem er vertraulichen Umgang pflegte“.⁴⁸

Hansjakob Stehle wurde von der Kirchenabteilung der Stasi als Kontaktperson eingestuft und erhielt den Decknamen „Jakob“.⁴⁹ Tatsächlich schöpfte man ihn wie viele andere westliche Journalisten, die in der realsozialistischen DDR arbeiteten und an Informationen gelangen konnten, bei seinen Gesprächen mit Vertretern des SED-Apparats, „informationsmäßig ab“ – eine Anwerbung für das MfS glückte auf Grund seiner in den Berichten immer wieder betonten „DDR-feindlichen Einstellung“ und „seiner absoluten Gegnerschaft zum Sozialismus“, laut „Gerhard“, jedoch nicht.⁵⁰ Deshalb finden sich auch keinerlei Hinweise auf eine Verpflichtung Stehles für eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit als „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) in den erhalten gebliebenen Unterlagen der späteren Jahre: In der „SIRA“-Datenbank (dem System zur Informationsrecherche der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS) gibt es keine Indizien für eine Tätigkeit als IM bzw. eine Tätigkeit für die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) der Staatssicherheit.⁵¹ Auch der

43 Vgl. Kunze, Grenzerfahrungen, S. 77. Besondere Aufmerksamkeit der SED erweckte Stehles Verwunderung auf einem Presseempfang bei der polnischen Militärmission darüber, dass die sowjetische Presse nicht auf die konkreten Vorschläge reagierte, die auf der Tagung in Tutzing gemacht worden waren.

44 Vgl. Bahr, 15.12.2002.

45 Vgl. Hubertus Knabe, Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien, Berlin/München 2001, S. 112 sowie Bahr, 15.12.2002.

46 „Auskunftsbericht“ vom 24.2.1967, S. 2ff., in: BStU, 3654/71, Signatur 000129 und 000129.

47 Bericht vermutlich aus dem Jahr 1963, in: BStU, 4538/92 sowie BStU, 3654/71, Signatur 000170.

48 Vgl. Knabe, Der diskrete Charme, S. 118.

49 Vgl. ebd., S. 112.

50 „Auskunftsbericht“ vom 24.2.1967, S. 2, in: ebd., Signatur 000169 sowie ebd., Signatur 000164.

51 Vgl. BStU, AR 2, F 16/F22. In der «SIRA»-Datenbank existiert lediglich ein Sicherungsvorgang (SiVo/SV) bezüglich Stehles mit den Decknamen „Kanal“ bzw. „Nordpol“ aus dem Jahre 1988. Diese so registrierten Personen galten in besonderen Situationen (z. B. Kriegsfall) als zu beachtende „Objekte“. Die Aufnahme in Sicherungsvorgänge geschah grundsätzlich ohne Kenntnis der betroffenen Personen und besaß in der Regel einen geringen Aussagewert; Sicherungsvorgänge enthalten meist nur den Namen, die Anschrift und das Geburtsdatum der erfassten Personen. Die Erfassung bedeutete nicht, dass die Personen gezielt und systematisch beobachtet und kontrolliert wurden. Vgl. URL:

polnische Geheimdienst hatte mehrfach vergeblich versucht, ihn für eine Mitarbeit anzuwerben. Sowohl während seiner Tätigkeit in Warschau als auch später in Berlin waren von Mitarbeitern des polnischen *Służba Bezpieczeństwa* (Sicherheitsdienstes) unter z.T. abenteuerlichen Vorwänden Anwerbungsversuche unternommen worden.⁵²

In dieser Zeit entwickelte sich Stehles Verhältnis zu Mitarbeitern des Senats. Für diese Kreise war er zum einen ein Informationslieferant, zum andern wurde er für seine Gespräche mit der östlichen Seite vom Senat später mit einer sog. „Eruierungsvollmacht“ ausgestattet, d.h. er sollte Näheres über Pläne der anderen Seite in Erfahrung bringen und ihr gegebenenfalls Vorschläge unterbreiten. Obwohl er keine offizielle Verhandlungsvollmacht besaß, wurde Stehle offenbar als Kontaktperson von östlicher Seite akzeptiert und hatte in der Zeit der offiziellen „Sprachlosigkeit“ eine Mittler-Funktion inne. In den untersuchten Akten finden sich vor allem Aufzeichnungen von Gesprächen über Regelungen, die es den seit dem Mauerbau in der geteilten Stadt lebenden Menschen erlauben sollten, zu Weihnachten und Neujahr erstmals wieder ihre Verwandten im Ostteil zu besuchen.⁵³ Die in der Folgezeit durch Stehle arrangierten Kontakte in Richtung Osten begannen bereits vor dem Beginn der Passierscheinverhandlungen, begleiteten diese und sollten im Falle des Abbruchs der offiziellen Gespräche zumindest das Weiterbestehen einer informellen Verbindung des Senats zur SED sicherstellen.⁵⁴ Weder Egon Bahr noch andere Mitglieder des Senats besaßen vor dem Beginn der offiziellen Verhandlungen einen informellen Gesprächskanal nach Ost-Berlin, der regelmäßig genutzt wurde. Nur durch Hansjakob Stehle konnte Egon Bahr eine Verbindung in die DDR aufbauen.⁵⁵

Aus den Akten wird deutlich, dass die Verhandlungen nicht zuletzt auf Grund des öffentlichen Drucks und des gegenseitigen Misstrauens noch im Dezember vom Abbruch bedroht waren und Gefahr liefen, bei unvorhergesehenen Entwicklungen, wie einer kritischen Presseberichterstattung bzw. durch Interventionen von der Sache skeptisch gegenüberstehenden West-Berliner Politikern, unterbrochen zu werden.⁵⁶ Zum Hindernis für die Verhandlungen des Senats konnten neben dem Berliner CDU-Vorsitzenden Franz Amrehm zudem unvorhergesehene Interventionen aus Bonn werden. So war Bundeskanzler Ludwig Erhard, wie sich Willy Brandt erinnerte, „zwar guten Willens, aber den Einflüssen derer ausgesetzt, die meinten, daß wir vom tugendhaften Weg der Nichtanerkennung abwichen, oder unterstellten, daß wir durch Berliner Extratouren bundespolitischen Vorteil anstrebten“.⁵⁷

Im Zusammenhang mit der Antwort der DDR auf die Rede von Willy Brandt vor dem Verein der ausländischen Presse vom 31. Oktober 1963, in der er erklärte, dass der Senat in

http://bstunet.de/webprog/Bstu_online/mfs/hva-sira/seiten01-06.htm sowie interne Information der BStU.

52 Bericht vom 23.11.1962, in: BStU, 3654/71, Signatur 000086 sowie Stehle, 27.10.2002.

53 Obwohl aus den Berichten der Staatssicherheit hervorgeht, dass Stehle auch noch im Jahr 1964 Informationsgespräche im Auftrage des Berliner Senats mit Vertretern der SED durchführte, interessiert in diesem Beitrag lediglich der Zeitraum des Winters 1963.

54 Vgl. Bahr, 29.1.2004.

55 Vgl. ebd.

56 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), Bandnr. G-A 509, Dokument 000050.

57 Vgl. zit. n.: Kunze, Grenzerfahrungen, S. 80.

direkte Verhandlungen mit der DDR-Regierung eintrete, tauchte Stehle als Vermittler zur Ostseite auf.⁵⁸ Anfang November 1963 kontaktierte das Presseamt beim Ministerrat der DDR Stehle bezüglich der Brandtschen Rede. Dabei wurde insbesondere die Frage nach der Seriosität der Ausführungen gestellt. In West-Berlin stellte Bahr gegenüber Stehle klar, dass die Ernsthaftigkeit der westlichen Position erkennbar sei. Im anschließenden Gespräch in Ost-Berlin mit Hermann von Berg unterstrich Stehle die Bereitschaft der westlichen Seite zu direkten Verhandlungen mit der DDR.⁵⁹ Überdies wies er darauf hin, dass in den nächsten Wochen mit entscheidenden Schritten der westlichen Seite nicht zu rechnen sei, da Willy Brandt sich zu dieser Zeit auf einer längeren Afrika-Reise befände und ohne ihn als den Regierenden Bürgermeister keine entscheidenden Schritte in der Passierscheinfrage unternommen werden dürften.

Tatsächlich schlug Blecha ein Treffen mit Bahr in Stehles Wohnung vor, das jedoch nicht zustande kam.⁶⁰ In der SED musste es offensichtlich zu dieser Zeit ebenfalls Überlegungen gegeben haben, eine weitere Gesprächsebene mit dem Senat zu etablieren. Die Vorstellungen in Ost und West ähnelten sich. Als Kontaktperson zwischen dem Senat und der SED sollte nach östlichen Planungen Hansjakob Stehle eingeschaltet werden⁶¹: Der Journalist und stellvertretende Chefredakteur des „STERN“, Jochen Steinmayr, wurde kurze Zeit später im Presseamt gefragt, ob nicht Stehle als Mittelsmann zwischen der DDR-Seite und einem Vertreter der Berliner Senats, z.B. Egon Bahr, fungieren könnte. Vermutlich nach einem Gespräch zwischen Steinmayr und Stehle wurde Bahr durch Letzteren noch im November über dieses Ansinnen telefonisch informiert. Der mehrseitige Vermerk Bahrs über das Gespräch landete Anfang Dezember nach Brandts Rückkehr auf dessen Schreibtisch. Dieser Vermerk liest sich wie ein Protokoll der Aktivitäten Stehles und dokumentiert Bahrs Vorstellungen zur Kontaktierung der östlichen Seite: Mit dem Verweis auf die bereits bestehenden drei Ebenen lehnte Egon Bahr diesen Vorschlag jedoch zunächst ab, fügte aber Folgendes hinzu: „Wenn [...] man drüben meine, es gäbe eine weitere Möglichkeit, die uns nicht eingefallen sei, so könne man uns das wissen lassen. Das könne auch auf einem formlosen Blatt Papier geschehen.“⁶² In Bahrs Auftrag teilte Stehle dies Hermann von Berg mit. Auf diese Weise entstand allmählich der „Stehle-Kanal“, wie er von Hubertus Knabe bezeichnet wurde.⁶³

Bereits Anfang November war Stehle im Auftrag von Bahr in Ost-Berlin unterwegs: Es sollte auf den von Brandt geäußerten Standpunkt für Gespräche zwischen ihm und dem Ost-Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert insistiert werden. Hierzu traf er sich mit Hermann von Berg im Restaurant „Bukarest“: Stehle sollte in Erfahrung bringen, wann der Vorkontakt zwischen beiden Seiten beginnen könnte.⁶⁴

58 Vgl. Knabe, *Der diskrete Charme*, S. 112.

59 Vermerk von Egon Bahr vom 6.12.1963, in: Willy-Brandt-Archiv (WBA), Bestand Berlin, Ordner 75.

60 Vgl. Knabe, *Der diskrete Charme*, S. 113.

61 Vgl. ebd.

62 Vgl. ebd.

63 Vgl. Knabe, *Der diskrete Charme*, S. 111ff.

64 Aktennotiz von Hermann von Berg vom 4.12.1963, in: PAAA, MfAA, Bandnr. G-A 509, Dokument 000049.

Bei diesem Treffen stellte Stehle klar, die Gespräche müssten so gestaltet werden, „daß jede Seite sich sofort zurückziehen könne, ohne Aufsehen zu erregen, falls sich zeige, daß es zu keiner Verständigung kommt. Der Vorkontakt soll dem Zweck dienen, sich über die Gesprächspartner, über Zeit und Ort der Gespräche sowie die Tagesordnung zu einigen. Nach wie vor werden als Gesprächspartner bei den endgültigen Verhandlungen Brandt und Ebert in Erwägung gezogen.“⁶⁵ Bahr gab Stehle auf den Weg, dass es vier Möglichkeiten gäbe, um den Vorkontakt herzustellen: Über den innerdeutschen Handel (die TSI), das DRK, die Ebene Senat-Magistrat (hier wurde an Beauftragte der BVG gedacht) sowie als vierte Ebene Begegnungen „bei einem Glas Wein“ in Stehles Privatwohnung.⁶⁶ Von Berg hielt dazu in seinem Aktenvermerk fest: „Falls von uns keiner dieser drei Wege als gangbar betrachtet würde, hätte Bahr einen indirekten Kontakt vorgeschlagen: zwischen einem Vertreter des Presseamtes und ihm in der Wohnung von Dr. Stehle in Westberlin [...].“ Stehle erklärte dazu wörtlich: „Natürlich ist Bahr sehr vorsichtig, weil er befürchten muß, von beiden Seiten aufs Kreuz gelegt zu werden. Denn wenn etwas schief geht, hat ja Bahr den Schwarzen Peter in der Hand. Wenn man sich nun bei mir trifft, müsste ich das Risiko übernehmen, wozu ich aber bereit bin. Ich wäre dann hinterher an allem Schuld, wenn aus der Sache nichts wird.“⁶⁷

An diesem Zitat wird deutlich, dass es auf Seiten des Senats mehrere Denkmodelle gegeben hat, die unabhängig von den seitens der Bundesregierung favorisierten Optionen bestanden. Überdies drückt sich darin das westliche Misstrauen gegenüber der SED aus. Hansjakob Stehle nahm zwar das Risiko eines möglichen Scheiterns der Verhandlungen auf sich. Im Gespräch mit von Berg äußerte er aber Zweifel „über die Ehrlichkeit unserer [der SED] Bereitschaft zur Verhandlung“ und meinte zudem, „die Ultras in der DDR“ würden ja aus Angst alles tun, um selbst solche Vorkontakte zum Scheitern zu bringen.“⁶⁸ Bereits zwei Tage zuvor hatte Stehle in einem Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ auf SED-Kreise hingewiesen, die mit aggressiver Propaganda auf eine sich verändernde Bonner Ostpolitik gegenüber anderen osteuropäischen Staaten, wie Rumänien, reagierten. Dabei kreidete er diesen „Linkssektierern“ u. a. ihre Furcht vor einer dialogbereiteren Haltung der DDR gegenüber der Bundesrepublik an.⁶⁹ Dennoch wurde das Bestreben der SED, Kontakte zu Stehle aufzubauen, offensichtlich: So wurde er auf der Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche von einem angeblichen Mitarbeiter des Büros des Ministerrats angesprochen, der von ihm Informationen über die Pläne des Senats in Erfahrung zu bringen versuchte.⁷⁰

Im Presseamt des Ministerrates musste das Gespräch zwischen von Berg und Stehle Betriebsamkeit ausgelöst haben: 48 Stunden später wurde durch die Abteilungsleiter des MfAA Gerhard Herder und Michael Kohl eine mehrseitige Verhandlungsdirektive für die Zusammenkunft mit Egon Bahr und Kurt Blecha in Stehles Wohnung erstellt. Dieser Text

65 Vgl. ebd.

66 Vgl. ebd., Dokument 000050.

67 Vgl. ebd.

68 Vgl. ebd., Dokument 000051.

69 Vgl. Hansjakob Stehle: Verlegenheit in Ost-Berlin, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 2.12.1963.

70 Aktennotiz von Hermann von Berg vom 4.12.1963, in: PAAA, MfAA, Bandnr. G-A 509, Dokument 000051.

sollte das Treffen zwischen Willy Brandt und Friedrich Ebert vorbereiten.⁷¹ Die DDR-Seite gab sich in den für sie essentiellen Fragen kompromisslos: Ihre Verhandlungsführer würden auf direkte Verhandlungen zwischen der DDR und dem Senat bestehen, so sollte im Falle Eberts nie vom „Oberbürgermeister“, sondern „immer nur von einem Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ die Rede sein.⁷² Es sei endlich „klarzustellen“, so der Entwurf, dass „es bei den Verhandlungen um die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der DDR und West-Berlin geht“, in die sich die Frage der Passierscheine als Problem unter anderen einordne.⁷³ Im Interesse der absoluten Geheimhaltung sei Ebert auch bereit, Brandt in Ost-Berlin zu empfangen. Als Verhandlungsort könne das Hotel am Thälmannplatz erwogen werden. Ein Durchschlag dieses Papiers ging an den Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Außenministers, Otto Winzer. Am 6. Dezember befand sich Stehle erneut in Ost-Berlin, um an einer Pressekonferenz der „Nationalen Front“ im Pressehaus des Ministerrats teilzunehmen. Noch während der Konferenz wurde Stehle von von Berg angesprochen und gebeten, sich kurze Zeit später bei dem Leiter des Presseamts, Kurt Blecha, einzufinden. Ohne ihm etwas über den Inhalt mitzuteilen, gab Blecha Stehle einen Brief mit der Bitte, diesen schnellstmöglich an Egon Bahr weiterzureichen.⁷⁴ In diesem Schreiben teilte Blecha seine Bereitschaft für ein Gespräch mit Bahr in Stehles Wohnung mit.⁷⁵

Nach Brandts Afrikareise und seiner Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für den ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy hatte sich die Kontaktebene entscheidend verändert: Der Senatsmitarbeiter Gerhard Kunze und der Leiter der Allgemeinen und Politischen Abteilung in der Senatskanzlei, Korber, ermunterten Brandt, dem Gespräch eines Senatsbeamten mit dem Leiter der Hauptabteilung Innerdeutscher Handel im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinz Behrendt, zuzustimmen. Am 4. Dezember entschied sich der Regierende Bürgermeister für die Aufnahme der Verhandlungen mit der Ostseite.⁷⁶

Am 5. Dezember kam der Interzonenhandelskaufmann Schiebold im Auftrage des Senats mit Behrendt zusammen: Während seines Aufenthaltes in Ost-Berlin wurde ihm ein Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, Alexander Abusch, übergeben, der an den Regierenden Bürgermeister gerichtet war. In diesem Schreiben teilte Abusch mit, dass die DDR bereit sei, zwischen dem 15. Dezember 1963 und dem 5. Januar 1964 in West-Berlin Ausgabestellen für Passierscheine einzurichten, durch die Besuche von Bewohnern des Westteils in Ost-Berlin möglich würden.⁷⁷ Die folgenden Verhandlungen wurden für die DDR-Seite durch den Staatssekretär im Kulturministerium Erich Wendt und für die Senatsseite von Senatsrat Horst Korber geführt. Stehle indes berichtete am 7. Dezember in einem Leitartikel der Berliner Redaktion der „FAZ“ über diesen „Vorstoß“, den Ost-Berlin „in der Frage der Ausgabe von Passierscheinen für West-Berliner während der Weihnachtstage

71 „Entwurf einer Verhandlungsdirektive für Genossen Blecha“ vom 6.12.1963, S. 1, in: ebd., Dokument 000023.

72 Vgl. ebd., Dokument 000024, S. 2.

73 Vgl. ebd., Dokument 000026, S. 4.

74 Vermerk von Egon Bahr vom 6.12.1963, in: WBA, Bestand Berlin, Ordner 75.

75 Vgl. ebd.

76 Vermerk vom 5.12.1963, in: PAAA, MfAA, Bandnr. G-A 509, Dokument 000037, S. 2.

77 Kontakte betr. Personenverkehr, Chronologische Übersicht-/Zahlen, in: LAB, Rep. 002, Nr. 11764, Bl. 1.

gegenüber dem West-Berliner Senat“ unternommen“ habe.⁷⁸ Nun wurden, trotz aller noch zu überwindenden Hindernisse, direkte Verhandlungen zwischen dem Berliner Senat und der Regierung der DDR möglich, da auch die Alliierten der Einrichtung von Passierscheinbüros durch die Ostseite in West-Berlin ihre Zustimmung gaben.⁷⁹ Damit waren Verhandlungen zwischen Vertretern des DDR-Außenministeriums und dem Senat, wie noch am 6. Dezember von Kurt Blecha vorgeschlagen, scheinbar nicht mehr aktuell. Bahr wies in seinem Schreiben an Blecha vom 9. Dezember daher darauf hin, „daß ein solcher Kontakt auch unnötig ist, bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge“.⁸⁰ Obwohl Bahr zunächst weitere Kontakte insbesondere mit Blecha ablehnte, knüpfte er und Hansjakob Stehle in der folgenden Zeit dennoch weitere Verbindungen nach Ost-Berlin.

Als Stehle noch am 9. Dezember Blecha den Brief von Bahr übereichte, stellte sich heraus, dass er von der ablehnenden Haltung Bahrs offenbar überrascht war: Der Leiter des DDR-Presseamtes versuchte hingegen neben der mittlerweile offiziellen „Hauptkontaktlinie“, die durch den Abusch-Brief entstanden war, die Nebenlinie über Hermann von Berg und Stehle zu Egon Bahr zu stabilisieren. Dazu merkte Stehle an: „Auf meinen Einwand, daß nach dem Brief Abuschs an Brandt doch eine veränderte Situation eingetreten sei, weil damit der Wunsch nach einem Hauptkontakt vor die Anregung eines Vorkontaktes getreten sei, entgegnete Blecha wiederum, „es handele sich um zwei verschiedene Dinge, nämlich weil mit Abuschs Initiative nur eine zunächst befristete Lösung in der Passierscheinfrage zu Weihnachten angestrebt werde, dagegen gehe es bei einem etwaigen Vorkontakt mit Bahr um die Anbahnung langfristiger Kontakte für jede Art von Fragen. Dabei hege man, versicherte Blecha, keinerlei Hintergedanken, wolle absolute Diskretion wahren und erwarte dies auch von der anderen Seite.“⁸¹ Blecha hielt in einem weiteren Schreiben an seinem Angebot für künftige Kontakte zwischen dem Senatspressechef und ihm als Leiter des Presseamtes beim Ministerrat fest und stellte Bahr gegenüber deren mögliche Nützlichkeit in Aussicht. Ob dieses Schreiben⁸² den Senatssprecher erreicht hat, ist jedoch unklar. Kurt Blecha erhielt zwischenzeitlich „aus dem Ministerrat die Anweisung, die Entstehung dieser ‚Panne‘ zu klären“, wie Stehle im Vermerk für Egon Bahr noch am Abend des 9. Dezember festhielt.⁸³ Mit der „Panne“ waren Blechas Aktivitäten bezeichnet, die besonders von Walter Ulbricht

78 Vgl. Hansjakob Stehle: Ost-Berliner Schreiben an Brandt zur Passierscheinfrage, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 7.12.1963.

79 Verfügung der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, 17.12.1963, in: LAB, Rep. 002, Nr. 11831a. Da das Schriftstück erst mit dem 17.12. datiert, wurde die Genehmigung vermutlich bereits vorher mündlich erteilt.

80 Schreiben vom 9.12.1963, in: PAAA, MfAA, Bandnr. G-A 509, Dokument 000036.

81 Passierscheinverhandlungen: Pressemitteilungen des PIA, stenographische Notizen, chronologisch geordnete Unterlagen über den Ablauf der Verhandlungen, Protokolle u. a. Dokumente 1963–1966, vertraulicher Vermerk von Dr. Stehle für Herrn Bahr 9/12[1963], 18.30 Uhr, S. 1f., in: LAB, Rep. 002, Nr. 6286.

82 Vgl. PAAA, MfAA, Bandnr. G-A 509, Dokument 000035, o. D.

83 Passierscheinverhandlungen: Pressemitteilungen des PIA, stenographische Notizen, chronologisch geordnete Unterlagen über den Ablauf der Verhandlungen, Protokolle u. a. Dokumente 1963–1966, vertraulicher Vermerk von Dr. Stehle für Herrn Bahr 9/12 [1963], 18.30 Uhr, S. 3., in: LAB, Rep. 002, Nr. 6286.

kritisiert worden waren.⁸⁴ Es ist erstaunlich, dass noch am 6. Dezember Teile des DDR-Außenministeriums offenbar unabhängig von der Hauptlinie der SED-Politik gegenüber dem Senat agierten, obwohl einen Tag zuvor mit dem Abusch-Brief durch den Ministerrat Fakten geschaffen worden waren, die die Etablierung eines weiteren inoffiziellen Verhandlungskanals als „vierter Ebene“ erübrigten. Für Alisch ist dies ein Indiz dafür, dass das Ministerium aufgrund seiner mangelnden Relevanz vom Entscheidungsprozess in der SED-Führung „abgeschnitten“ war.⁸⁵ Anscheinend wurden, entgegen den SED-internen Gepflogenheiten, die politischen Aktivitäten einiger Verantwortlichen im Parteiapparat gegenüber dem Senat nur mangelhaft koordiniert und nicht mit dem Führungszirkel der Partei abgestimmt. Worauf also waren die geradezu hektischen Aktivitäten des scheinbar eigenmächtig agierenden Blecha zurückzuführen? Durch den Schwenk der SED-Spitze fühlten sich vermutlich auch andere, nachgeordnete, Bereiche des Staats- und Parteiapparates ermuntert, gegenüber der Westseite die Initiative zu ergreifen: Dies galt besonders für die Kräfte, die, wie das Presseamt, aus sachlichen Gründen ohnehin in regem Kontakt mit Personen aus dem Westen standen. Vermutlich waren die Vorbereitungen für den Brief Abuschs gegenüber anderen Gremien und Dienststellen der SED soweit abgeschirmt, dass viele Genossen nicht über die Schritte der Parteiführung informiert gewesen waren. Einerseits kann demnach in der mangelnden parteiinternen Kommunikation ein Grund für Blechas selbständige Planungen gelegen haben. Andererseits gehörten Blecha und von Berg dem sog. „parteiinternen Kreis“ von Willi Stoph an, der zu dieser Zeit 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, aber faktisch bereits dessen Chef war. Demgegenüber waren die Kulturfunktionäre Erich Wendt und Alexander Abusch Vertraute Walter Ulbrichts. Nachdem Wendt 1963 mit der Verhandlungsführung über die Ausgabe von Passierscheinen beauftragt worden war, wurde von Berg seitens Stophs als auch Wendts dazu angehalten, „seine Finger aus der Angelegenheit mit den Vorkontakten über Passierscheine zu lassen.“ Dies geschah, nachdem von Bergs Kontakte zu Stehle und mit dem Chef der Senatskanzlei Dietrich Spangenberg in der Frage der Passierscheine bekannt wurden.⁸⁶ Ulbricht legte vermutlich darauf Wert, dass die Vorkontakte und späteren Verhandlungen über die Passierscheine von Personen aus seinem engeren Kreis durchgeführt wurden.⁸⁷ Damit waren Blecha und von Berg ausgeschaltet. Warum Blecha dennoch und trotz Stophs und Wendts Warnungen, die ihm über den ihm untergeordneten von Berg zuzingen, weiterhin aktiv blieb, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Möglicherweise wurden Blechas Aktivitäten auch von sowjetischen Einflussnahmen gesteuert. Für diese Annahme gibt es gute Gründe: Bereits damals wurden dem nach außen hin absolut linientreuen Leiter des Presseamtes eine Zusammenarbeit sowohl mit dem KGB als auch Kontakte mit sowjetischen Funktionären nachgesagt, die vom Parteiapparat nicht gerne gesehen waren.⁸⁸ Zu dieser Zeit fanden zudem zwischen der UdSSR und den USA Gespräche über Deutschland und Berlin statt; die Situation in Europa sollte ruhig gehalten werden. Tatsächlich deutete die Bemerkung des sowjetischen Botschaf-

84 Vgl. von Berg, 25.9.2003.

85 Vgl. Steffen Alisch, „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, Stamsried 2004, S. 98.

86 Vgl. ebd.

87 Vgl. ebd.

88 Vgl. ebd.

ters in Ost-Berlin, Abrassimov, darauf hin, dass „Kontaktversuche über das IRK in Genf ohne Erfolg bleiben würden“. Das lässt vermuten, dass es im zeitlichen Vorfeld der Passierscheinverhandlungen zu einer Veränderung der sowjetischen Haltung gegenüber den Problemen in der geteilten Stadt gekommen war.⁸⁹ Die Sowjets sollen diejenigen gewesen sein, die im Interesse der internationalen Entspannung die SED-Führung zu Verhandlungen veranlasst haben, die, wie die Vorgeschichte der Passierscheine bewies, Verhandlungen in dieser Frage ablehnend gegenüberstand.⁹⁰ Bahrs sowjetischer Kontaktmann, der Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin, Viktor Belezki, sendete ähnliche Signale: Belezki wollte wissen, welche Vorstellungen der Senat hinsichtlich der Passierscheinverhandlungen habe.

2. Der Fortgang der inoffiziellen Kontakte bis Ende 1963

Noch während der offiziellen Gespräche zwischen Korber und Wendt hielt Stehle, wiederum in Bahrs Auftrag, seine Kontakte nach Ost-Berlin in der Frage der Passierscheinvereinbarung von 1963/64 mindestens bis zum 20. Dezember 1963 aufrecht. Bahr lehnte es aus persönlichen Gründen ab, mit Blecha zu sprechen, den er als einen undurchsichtigen „Nachrichtenmann“ betrachtete. Dennoch hielt er angesichts der ins Stocken geratenen offiziellen Passierscheinverhandlungen die Aufrechterhaltung eines informellen Gesprächskanals für notwendig. Künftige Missverständnisse, etwa durch ungünstige Medienberichte, sollten durch den „politischen Draht“ ausgeräumt werden können, um bei einem Scheitern der Gespräche einen „zweiten Anlauf“ für die Ausgabe von Passierscheinen starten zu können. Im Berliner Senat war man sich zu dieser Zeit unsicher, ob die Gespräche noch erfolgreich fortgeführt werden könnten.⁹¹ Stehle übermittelte der östlichen Seite u.a. Informationen über das Ergebnis eines Gesprächs von Willy Brandt mit Bundeskanzler Erhard über ein internes Pressegespräch Bahrs sowie über die Unzufriedenheit Brandts mit der starren Verhandlungstaktik des Senatsvertreters Korber. Überdies trug Stehle Bahrs Wunsch nach einer zusätzlichen Gesprächsebene neben den offiziellen Verhandlungen vor. Bahr versicherte, solche Gespräche völlig diskret, wenn notwendig sogar ohne Wissen von Willy Brandt, führen zu wollen.⁹² Damit wird klar, dass Bahr durchaus an einem Ausbau von Nebenkontakten interessiert war, die ausdrücklich keine „Vorkontakte“ mehr sein sollten. Von einer berlin- bzw deutschlandpolitischen Kongruenz Bahrs und Brandts auszugehen, wäre falsch. Aus innen- und parteipolitischen Erwägungen mochte Brandt Bahr nicht in allem dessen Ideen folgen, wie sich in den kommenden Jahren erweisen sollte.⁹³

89 Vgl. Kunze, Grenzerfahrungen, S. 79.

90 Vgl. ebd., S. 132.

91 Vgl. Bahr, 29.1.2004.

92 „Einige vorbereitende Materialien u. Führungsdokumente der Aktion-Stern-Dez.63–Jan.64, Information, 13.12.1963“, in: MfS-AG XVII, Nr. 99, Bl. 000113.

93 Vgl. Brandts Kritik an Bahrs unveröffentlichtem Buchmanuskript, das einen deutschlandpolitischen „Stufenplan“ enthielt, in: Andreas Vogtmeier, Egon Bahr und die deutsche Frage: Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996, S. 90.

Am 13. Dezember führte Stehle seinen Ost-Berliner Gesprächspartnern gegenüber aus, warum solche Nebenkontakte trotz der bereits angelaufenen offiziellen Verhandlungen nützlich sein könnten: Diese Nebenkontakte sollte „man am besten anknüpfen, noch bevor evtl. die direkten Verhandlungen scheitern, da nach dem Scheitern von direkten Verhandlungen mit einem langen Einfrieren der Verhandlungsatmosphäre gerechnet werden müsse. Wenn allerdings direkte Verhandlungen zwischen dem Westberliner Senat und der Regierung der DDR erfolgreich verlaufen würden, wären solche Nebenkontakte ebenfalls nicht von Nachteil und könnten für spätere Zeiten von großer Bedeutung werden. Es sei immer gut, bestimmte Verhandlungskanäle offen zu halten.“ Ort des Gesprächs könne auch Ost-Berlin sein.⁹⁴ Tatsächlich waren die offiziellen Passierscheinverhandlungen zwischen Senat und SED Mitte Dezember in die Krise geraten und drohten zu scheitern. Bahr und Stehle versuchten weiterhin, Verbindungen aufrechtzuerhalten. An Gesprächen mit Kurt Blecha oder Erich Wendt und Politbüromitglied Albert Norden hatte Bahr jedoch weiterhin kein Interesse.⁹⁵ Am 20. Dezember unterbreitete Stehle erneut in Bahrs Auftrag seinen Gesprächspartnern in Ost-Berlin Vorschläge zur Verbesserung der Passierscheinaktion. Unter anderem sollten eine Trennung der Annahme der Anträge und Ausgabe der Passierscheine und die Einrichtung einer direkten Telefonverbindung zwischen Senat und Regierung der DDR realisiert werden. Außerdem deutete Stehle die Möglichkeit eines Treffens zwischen Bahr und einem „Vertreter des sog. liberalen Flügels“ der SED an. Bahr dachte dabei insbesondere an Hermann von Berg, der im Westen als liberaler Kommunist und „Stoph-Mann“ wahrgenommen wurde.⁹⁶ Tatsächlich wurden unverzüglich Walter Ulbricht, Erich Honecker und Markus Wolf durch das MfS von Bahrs Vorschlägen unterrichtet.⁹⁷ Inwieweit Willy Brandt von Bahr über Stehles Tätigkeit detailliert informiert worden war, muss offen bleiben. In groben Zügen dürfte dies der Fall gewesen sein, zumal feststeht, dass sämtliche erhaltene Protokolle von Stehles Kontakten bis einschließlich des 9. Dezembers 1963 an den Regierenden Bürgermeister gingen. Willy Brandt hatte bereits vorher Stehles Tätigkeit zugestimmt, ohne jedoch vom Senatspressechef in alle Details eingeweiht worden zu sein. Dies geschah mit Absicht, da Bahr nicht das Risiko eingehen wollte, den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin durch mögliche spätere Enthüllungen des Ostens erpressbar zu machen.⁹⁸ Außer Brandt und Bahr wusste niemand etwas im Schöneberger Rathaus von Stehles Aktivitäten. Sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus waren große Teile des Koalitionspartners CDU gegen jegliche Gespräche mit der SED. Aber auch in der eigenen Partei waren Ostkontakte umstritten. Der Berliner stellvertretende Landesvorsitzende sowie Sport- und Jugendsenator Kurt Neubauer und der einflussreiche Landesvorsitzende Kurt Mattick, die damals als Vertreter der sog. „Keulenriege“ bekannt waren, sollten von den informellen Verbindungen nicht informiert werden.⁹⁹ Die Zahl der Befürworter war noch klein, allgemein war in Senatskreisen die Auffassung anzutreffen, man sollte nur mit den

94 „Einige vorbereitende Materialien u. Führungsdokumente der Aktion-Stern-Dez.63–Jan.64, Information, 13.12.1963“, in: MfS-AG XVII, Nr. 99, Bl. 000113.

95 Vgl. ebd., Bl. 000112.

96 Vgl. Bahr, 29.1.2004.

97 „Vorschläge des Westberliner Senatspressechefs Bahr zur Passierscheinaktion und über seine Bestrebungen, mit DDR-Kreisen Kontakte herzustellen“, in: MfS, Z 813, Bl. 000024–000026.

98 Vgl. Bahr, 29.1.2004.

99 Vgl. ebd.

Sowjets direkt Gespräche führen, aber keinesfalls mit dem Ost-Berliner Magistrat. Dieses Denken schien fortzuwirken.¹⁰⁰

Inwiefern alliierte Geheimdienste von Stehles Verbindungen informiert gewesen waren, ist unbekannt; zumindest griffen sie nicht in die Geschehnisse ein. Bahrs Verbindungen in Richtung Osten stießen später dennoch nicht überall im Rathaus auf Begeisterung, wie sich Gerhard Kunze unter Bezugnahme auf ein Gespräch mit Horst Korber erinnerte.¹⁰¹ Es überrascht, dass Egon Bahr in seiner Autobiographie weder seine damaligen Aktivitäten noch seine zweifellos intensiven Kontakte mit Stehle erwähnt. Dieser taucht erst in Zusammenhang mit einer Publikation Stehles über eine Begegnung Bahrs mit dem polnischen Politiker Zenon Kliszko aus dem Jahre 1970 auf. Blecha erwähnt er gar nicht und von Berg ebenfalls nur am Rande.¹⁰²

In dieser Zeit sollte Stehle die Verhandlungen über die Ausgabe von Passierscheinen journalistisch begleiten. Seine Artikel lesen sich daher wie ein Protokoll der Ereignisse: Obwohl die Gespräche zunächst Erfolg versprechend verliefen, zeichneten sich Probleme ab. Die östliche Haltung der vorangegangenen Tage verringerte die Aussichten auf Passierscheine. Am 8. Dezember schrieb Stehle: „Nachdem das Ost-Berliner Angebot in Bonn unbeabsichtigt an die Öffentlichkeit gelangt war, worauf die östliche Seite der westlichen eine Torpedierungssucht unterstellte, erwies sich die Angelegenheit als für beide Seiten mit schwerwiegenden politischen Prestigefragen belastet.“¹⁰³ In den Tagen nach der westlichen Panne verschärfte das SED-Blatt „Neues Deutschland“ den Ton gegenüber der westlichen Seite, indem es die Behauptung aufstellte, der Senat habe absichtlich die Angelegenheit „von vornherein aufs tote Gleis geschoben, indem er das Schreiben unserer Regierung unbeantwortet läßt.“¹⁰⁴ Hinter der Ost-Berliner Aufregung um die Vorgänge stand natürlich der bekannte Wunsch, eine Isolierung West-Berlins von der Bundesrepublik zu erreichen, indem man auf direkten und alleinigen Verhandlungen mit dem Senat beharrte.

Deshalb verwundert es nicht, dass man sich auf Senatsseite noch Mitte Dezember nicht sicher gewesen zu sein schien, dass die Gespräche mit dem Osten Erfolg zeitigen würden: So erstellte der an den Passierscheinverhandlungen beteiligte Senatsdirektor, Peter Hertz, noch am 16. Dezember einen vertraulichen Vermerk, worin für den Fall notwendiger Gespräche von „Spitzenleuten“ des Senats und der SED erneut die Bahrsche Idee „des vertrauenswürdigen Journalisten“ aufgegriffen wurde, der als „protokollierender Gastgeber“ sein Haus für Vertreter des Ostens und des Westens zur Verfügung stellen sollte. Mit großer Wahrscheinlichkeit war in dem Hertz-Vermerk mit dem vertrauenswürdigen Journalisten einmal mehr Hansjakob Stehle gemeint. Die Initiative hierzu ist vermutlich in dem Brief von Alexander Abusch vom 14. Dezember an Willy Brandt zu suchen, der ein Treffen wegen der ins Stocken geratenen Verhandlungen vorschlug.¹⁰⁵ Beide Seiten waren sich nicht

100 Vgl. Hans J. Reichhardt, Wiederaufbau und Festigung demokratischer Strukturen im geteilten Berlin 1945–1963, in: Georg Kotowski/Hans J. Reichhardt, Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945–1963, Berlin/New York, 1987, S. 115–116.

101 Vgl. Kunze, Grenzerfahrungen, S. 88.

102 Vgl. Bahr, Zu meiner Zeit, S. 229, 235, 341 sowie S. 165 und 273.

103 Vgl. Hansjakob Stehle, Die Haltung Ost-Berlins vermindert Aussichten auf Passierscheine, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9.12.1963.

104 Vgl. „Neues Deutschland“, 7.12.1963, S. 1.

105 Passierscheine 1963, vertraulicher Vermerk vom 16.12.1963, in: LAB, Rep. 002, Nr. 3697–3698.

einig über die Präambel eines Protokollentwurfs, den der SED-Unterhändler Erich Wendt an die westliche Seite übergab. Nach mehrfachen Unterbrechungen der Gespräche, in denen u. a. keine Einigung über die Schlussformel und über die Passage, dass der Senat „Propaganda“ zu unterbinden habe, erzielt werden konnte, wurde das Gespräch schließlich ohne Ergebnis beendet.¹⁰⁶ Die Wirkung dieser ergebnislosen Verhandlungsrunde in der Berliner Öffentlichkeit war fatal und stimmte hoffnungslos – so schrieb Stehle am 15. Dezember: „Die Verhandlungen sind nach fast völliger Einigung in schwierigen Prozedurfragen am Gegensatz über die politisch-juristische Form einer Abmachung auf einen toten Punkt geraten [...] Der Berliner Bürgermeister zeigte sich [...] nicht sehr zuversichtlich und meinte, man könne allenfalls eine ‚sehr begrenzte, humanitäre Lösung‘ erreichen.“¹⁰⁷ Dennoch war dies nichts weiter als ein Zwischenstand, und der Verhandlungsmarathon ging weiter: Beide Seiten kamen sich schließlich in den strittigen Punkten näher, und so konnte zwei Tage später das Verwaltungsabkommen, das den Besuch von West-Berlinern in den Ostteil der Stadt für die Weihnachts- und Neujahrszeit verbindlich regelte, abgeschlossen werden. Der Durchbruch war gelungen. Stehle meldete dies in seinem Artikel vom 18. Dezember 1963.¹⁰⁸ Für ihn war das Ergebnis der Passierscheinverhandlungen auch ein voller Erfolg, denn der „Westen ist drüben, das große ‚B‘ der West-Berliner Autos [hat] vollkommen das Straßenbild im anderen Teil der Stadt beherrscht. Es waren 150 000 vollgepackte West-Berliner, die durch ihr bloßes Dasein schon bezeugten, daß sie aus einer Welt kommen, die bei allem, was man auch immer gegen sie vorbringen mag, so frei ist, daß sie ihren Bürgern nicht den Weg zum Nachbarn verwehren muß und nicht zu fürchten braucht, sie kämen nicht zurück.“¹⁰⁹

Das Stimmungsbild der Berliner hatte sich verändert: Nach dem Ende der Passierscheinaktion im Januar 1964 beurteilten nur noch 45% der befragten West-Berliner die Lage der geteilten Stadt als „sehr ernst“ bzw. „ziemlich ernst“. Dies war im Vergleich zu der im Herbst 1963 durchgeführten Befragung, in der noch 60% dieser Auffassung waren, eine Abnahme von 15%.¹¹⁰ Gleichzeitig hatte die Bereitschaft für weitere Gespräche mit dem Osten zugenommen: Knapp 90% der Befragten sprachen sich für eine Fortsetzung von Verhandlungen aus. Dabei gab es kaum Unterschiede zwischen denjenigen, die Passierscheine beantragt hatten und jenen, welche darauf verzichteten. Zwischen Nichtnutzern und Nutzern von Passierscheinen gab es also keine Unterschiede, was die Frage weiterer Verhandlungen berührte.¹¹¹

Auch nahm die Unterstützung für die Politik des von Willy Brandt geführten Senats zu: Im Herbst 1963 unterstützten 66% die Politik des Senats, während im Januar 1964 bereits 75% der befragten Berliner für ihn votierten. Generell hatte in der Bevölkerung der Optimismus hinsichtlich der zukünftigen Lage der geteilten Stadt zugenommen, man betrachtete

106 Vgl. Hansjakob Stehle, Verhandlungen über Passierscheine auf dem toten Punkt, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 15.12.1963.

107 Vgl. ebd.

108 Von Mittwoch an Passierscheine für West-Berliner, in: ebd., 18.12.1963.

109 Der Westen ist drüben, in: ebd., 30.12.1963.

110 „Die Passierschein-Aktion“, Meinungen der Berliner, Ein Bericht über Repräsentativumfragen in Berlin vom 5.–14.1.[1964], S. D-1., in: LAB, Rep. 009, Nr. 3708/I, Ordner Passierscheinangelegenheiten 1963–1965.

111 Vgl. ebd., S. A–3.

die politische Entwicklung Berlins positiv.¹¹² Keiner der Befragten war davon überzeugt, dass die Vereinbarung der Sicherheit des „freien Berlin“ geschadet habe, wie die Initiatoren feststellen konnten.¹¹³ Obwohl eine Mehrheit auf neue Vereinbarungen in der Passierscheinfrage hoffte, wollten die meisten der an der Umfrage beteiligten West-Berliner im Januar 1964 noch keine Anerkennung der DDR akzeptieren.¹¹⁴ Dennoch war die Politik der reinen Ablehnung als Handlungsoption gegenüber dem Osten innerhalb der Bevölkerung im Bröckeln begriffen. Man hoffte zu diesem Zeitpunkt noch, auf der Ebene der technischen Kontakte bleiben zu können. Obwohl dies 1963 vielen Zeitgenossen nicht klar gewesen sein dürfte, wurde mit den Passierscheinverhandlungen in Berlin jedoch zum einen die Mauerkrise beendet und zum andern ein bedeutender Anstoß sowohl für den Beginn einer „in Zielsetzung und Methode veränderten Deutschlandpolitik“ als auch einer globalen Entspannungspolitik gegeben.¹¹⁵ Dieser Impuls kam nicht aus Bonn, sondern ging von Berlin aus. Er war ein wesentlicher Ursprung der sozialliberalen Deutschland- und Ostpolitik, auch wenn dies damals noch nicht zu erkennen war. Die folgenden drei Passierscheinabkommen bis 1966 machten die Mauer für die West-Berliner durchlässiger. Dass irgendwann auch dieser Ansatz modifiziert werden musste, wurde daran deutlich, dass die DDR später nicht mehr bereit war, die Regelung in der alten Form fortzuführen. Den Durchbruch brachte dann erst das Berlin-Abkommen von 1971.¹¹⁶

3. Stehles politische Reflexionen an einem Brennpunkt des Kalten Krieges – der Einfluss lokal- und globalpolitischer Prozesse

Bereits seit dem November 1962 berichtete Stehle von der Möglichkeit, dass es Passierscheine zur Weihnachtszeit geben könnte und kommentierte den VI. Parteitag der SED, der verkündet habe, dass „[...] weniger kommandiert, bevormundet [und] nicht mehr seelenlos administriert werden“ solle. Stehle meinte zu beobachten, dass es „Zeichen gab jener Ernüchterung und Versachlichung [...], die immer wieder zum Vorschein kamen. Kann nun diese Tendenz unsere Hoffnung wecken? Jede Erleichterung für die Landsleute drüben, aus welchen Motiven sie auch erwächst, muss uns willkommen sein. Wenn auch von dort viele – verständliche – Stimmen nach Westen gelangen, man möge dem Regime jede Hilfe versagen, wir haben uns vor der trügerischen Erwartung zu hüten, unsere Weigerung könnte je die Sowjetunion bewegen, einen Bankrott der SED zuzulassen – oder umgekehrt, etwa an

112 Vgl. ebd., S. A–12.

113 Manuskript „Die Passierscheinfrage in der Meinung der Berliner“, in: LAB, Rep. 002, Nr. 3708/I sowie Ordner Passierscheinangelegenheiten 1963–1965, „Die Passierschein-Aktion“, Meinungen der Berliner, Ein Bericht über Repräsentativumfragen in Berlin vom 5.–14.1.[1964], in: ebd., S. 3.

114 Vgl. ebd.

115 Vgl. Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 93.

116 Vgl. ebd.

unserer Kreditpolitik läge es, ob sich diese Partei im Sattel hält.“¹¹⁷ Obwohl Stehle in diesem Artikel die Möglichkeiten der Liberalisierung der Diktatur überschätzte, sprach er sich für ein Ende der Konfrontation und für eine Stärkung und Ermunterung von Lockerungstendenzen in der DDR aus. Der weit verbreiteten Hoffnung auf ein Zusammenbrechen der DDR durch die westliche Politik erteilte er eine Absage, da gegen den Willen der Sowjetunion ein Ende der SED-Herrschaft nicht zu erreichen sei. Tatsächlich war mit der bislang praktizierten Politik der Nichtanerkennung und der ab 1963 erfolgenden einseitigen Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen Bonns zu den anderen sozialistischen Staaten zur Isolierung der DDR keine Veränderung des seit dem Bestehen der Mauer existierenden Status quo zu erreichen: Die sozialistischen Staaten knüpften ihrerseits bestimmte Bedingungen an die Gestaltung der politischen Beziehungen, und Walter Ulbricht versuchte immer deutlicher, deren Gestaltungen mitzubestimmen. So kumulierten allmählich die deutschlandpolitischen Probleme und drängten nach neuen Lösungen, da die alten Rezepte in die Sackgasse geführt hatten.¹¹⁸ Global hatte sich das politische Klima inzwischen unabhängig vom deutschlandpolitischen Kurs der Bundesregierung verändert: In der Sowjetunion war bereits 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Doktrin der „Friedlichen Koexistenz“ zwischen den Systemen verkündet worden. Diese Konzeption war zwar nicht defensiv gemeint, wie das tschechoslowakische Beispiel von 1968 zeigte, dennoch bedeutete sie eine Abwendung von der bisherigen Theorie der Unvermeidbarkeit von Konfrontationen und eröffnete den Weg für außenpolitische Konzessionen.¹¹⁹ Am 10. Juni 1963 kam es schließlich zu einem amerikanischen Gegenentwurf, der von dem Präsidenten John F. Kennedy in einer Ansprache an der Georgetown-Universität in Washington verkündet wurde. Unter dem Namen „Strategie des Friedens“, die u.a. bei Konflikten politischen Lösungen den Vorrang vor militärischen einräumen wollte, wurde der Verzicht auf einen atomaren Erstschlag erklärt und der friedliche Wettstreit der Systeme verkündet. Insbesondere auf das innerdeutsche Verhältnis sollte dies Auswirkungen haben. In Teilen der West-Berliner SPD berief man sich in der folgenden Zeit auf Kennedy, als man begann, der Bonner „Politik der Stärke“ eine Politik der Dialogbereitschaft gegenüber der SED entgegenzusetzen, die am 15. Juli 1963 in einem berühmt gewordenen Vortrag von Egon Bahr unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ an der evangelischen Akademie in Tutzing umrissen wurde: Eine Politik des Alles oder Nichts schien nach Bahrs Überlegungen nicht mehr praktikabel. Sein Ansatz ging davon aus, dass die kommunistische Herrschaft, genau wie es Stehle und der Publizist und Historiker Peter Bender dachten, allmählich verändert statt beseitigt werden müsste. Jede Änderung sei nur durch Zustimmung der kommunistischen Machthaber zu erreichen. Einfluss könnte nur mit dem wachsenden Osthandel und der Weckung von Konsumwünschen bei der Bevölkerung in den sozialistischen Staaten gewonnen werden.¹²⁰ Stehles Gedanken zeigten ganz deutlich Parallelen zu Peter Benders Konzept der „Offensiven Entspannung“: Je stärker der Druck ist, unter dem das Regime steht, desto stärker muss es Gegendruck ausüben, desto schärfer werden im Innern die Methoden, um sich an der Macht zu halten und desto schärfer wird die Abgrenzung gegenüber dem Westen. Zwischen

117 Vgl. Hansjakob Stehle, Parteitag der Ernüchterung, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 23.1.1963.

118 Vgl. Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 98.

119 Vgl. Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg*, München 2003, S. 85.

120 Vgl. ebd., S. 86.

ihm und Bender gab es zu dieser Zeit Diskussionen zu diesem Thema, wie sich Stehle erinnert.¹²¹ Die bisherige „Politik der Stärke“ und der Verweigerung gegenüber dem Osten hielten Hansjakob Stehle, Bender und viele andere angesichts der starken Position der DDR gegenüber West-Berlin für aussichtslos. Ihr Ansatz ging davon aus, dass Lockerungen in der DDR deshalb ausblieben, weil sie im Innern nicht genügend konsolidiert war. Dies lag vor allem in ihrer wirtschaftlichen Schwäche begründet, die ihr zunächst mit den anderen sozialistischen Staaten gemeinsam war. Diesen fehlte jedoch die Dimension des deutsch-deutschen Sonderkonflikts, der die ostdeutsche Bevölkerung den eigenen Lebensstandard mit dem in der Bundesrepublik vergleichen ließ. Um die SED zu einem weiteren Entgegenkommen zu veranlassen und um wenigstens zunächst den Zustand vor dem 13. August 1961 zu erreichen, müssten deshalb ihre ökonomischen Interessen befriedigt werden. Wenn dies erreicht würde, könnte sie sich sowohl im innerdeutschen Verhältnis mehr Offenheit erlauben als auch ihre Position innerhalb des Ostblocks stärken. Der bloße Versuch der Bundesrepublik des sich Beschränkens auf wirtschaftliche Hilfe, um die DDR in eine ökonomische Abhängigkeit zu manövrieren, schien jedoch ohne das westliche Zugeständnis der politischen Anerkennung der SED wenig Erfolg versprechend: Wirtschaftliche Kooperation ohne Anerkennung – dies war mehrfach von Moskau betont worden – wäre von der Sowjetunion nicht akzeptiert worden. Anerkennung blieb im Kern die Voraussetzung für eine künftige gesamtdeutsche Politik.¹²²

Da die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik und in West-Berlin für einen derartigen Schwenk in der Politik noch nicht „reif“ schien, waren weitere Schritte gegenüber der östlichen Seite zunächst nur unterhalb der völkerrechtlichen Anerkennung möglich.

4. Resümee

Eine Veränderung in den Grundkonstanten West-Berliner Politik scheint, obwohl bei Willy Brandt bereits in den fünfziger Jahren Ideen einer beweglicheren Politik gegenüber dem Osten vorhanden waren, ohne die Veränderung in der amerikanischen Außenpolitik Anfang der sechziger Jahre kaum denkbar. Gleichzeitig waren unter anderem die Liberalisierungstendenzen der fünfziger Jahre in Polen wesentlich mit dafür verantwortlich, dass sich, wie am Beispiel Hansjakob Stehles deutlich wird, Positionen herausbildeten, die zunächst unzeitgemäß erschienen, aber nach dem Mauerbau die Bemühungen um eine Entspannung in Berlin vorantrieben. Mit den sechziger Jahren entstand eine neue Situation. Bemühungen, das Verhältnis zwischen West-Berlin und der DDR zu entkrampfen, die noch kurze Zeit davor zum Scheitern verurteilt waren, konnten nun, wenn auch nur schrittweise, erfolgreicher vorangetrieben werden.

121 Vgl. Stehle, 27.10.2002.

122 Vgl. Peter Bender, *Offensive Entspannung. Möglichkeit für Deutschland, Köln/Berlin 1964*, S. 135.